Neue Blickwinkel für Physiotherapiestudenten

Erschienen am 31.01.2018

Die mögliche Einführung des Direktzugangs zur Physiotherapie wird in der Gesundheitsbranche nach wie vor intensiv diskutiert. Im Rahmen eines Planspiels des Bundesverbands selbstständiger Physiotherapeuten (IFK) kamen 31 Physiotherapie-Studierende der Hochschule für Gesundheit (hsg) zusammen, um die Debatte über den Direktzugang aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten.

IFK-Vorstandsmitglied und hsg-Dozent Rick de Vries ließ die Studierenden, die kurz vor dem Bachelor-Abschluss stehen, in die Rollen verschiedenster Akteure der Gesundheitsbranche schlüpfen, um eine Anhörung des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestags durchzuspielen. In der Rolle von Vertretern der Physiotherapie, Ärzteschaft, Krankenkassen, Hochschulen, Forschern, Patienten und Berufsfachschulen sollte eine gemeinsame Erklärung über die Frage nach der Einführung des Direktzugangs erarbeitet werden. Der ehemalige IFK-Geschäftsführer und heutige Oberbürgermeister der Stadt Herne, Dr. Frank Dudda, übernahm den Vorsitz der professionell inszenierten Konsensuskonferenz und führte mit politischem Herzblut und Humor durch die Veranstaltung.

Rick de Vries und Prof. Dr. Sven Dieterich von der hsg waren sichtlich beeindruckt, wie intensiv und detailliert diskutiert wurde. Dabei standen besonders die Themenfelder flächendeckende Patientenversorgung, Qualifizierung und Wirtschaftlichkeit im Mittelpunkt. Die Studierenden brachten mit starken Argumenten sowohl die Potenziale eines Direktzugangs als auch die Bedenken einzelner Interessengruppen auf den Punkt. Elisabeth Adam vertrat in ihrer Rolle den GKV-Spitzenverband: „Das Planspiel zeichnet sehr realistisch eine Anhörung des Gesundheitsausschusses nach. Dabei ist es sehr interessant, eine Position zu vertreten, die man selbst nicht teilt.“ Bei der Diskussion stellten die Patientenvertreter heraus, dass innovative Konzepte wie der Direktzugang umzusetzen seien, um dem Wahlrecht des mündigen Patienten gerecht zu werden. Die Ärzteschaft argumentierte, dass Physiotherapeuten nicht befähigt seien, eine präzise Diagnostik vorzunehmen und so die Patientensicherheit gefährdet wäre. Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherungen befürchtete zusätzliche, nicht kalkulierbare Kosten und mahnte zudem eine nötige Änderung der Berufsgesetze an. Die physiotherapeutischen Verbandsvertreter wiesen hingegen darauf hin, dass u.a. durch den Direktzugang sowohl Ärzte entlastet würden, als auch eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit erfolgen würde.

„Es ist sehr interessant, die Positionen der einzelnen Interessenvertreter näher kennenzulernen, aus der Perspektive des Physiotherapeuten zu treten und über den Tellerrand hinauszuschauen“, resümierte Rena Eisenbach, die in die Rolle der politischen Vertreterin schlüpfte. Gemeinsam mit ihren Kolleginnen Sintje-Kim Krüger, Saskia Lommatzsch und Diana Albrecht aus dem Ausschuss für Gesundheit wurde sie am Ende von den anderen Teilnehmern nicht nur zur argumentativ überzeugendsten Rednergruppe gewählt, sondern unterbreitete im Anschluss an die Debatte auch einen konsensfähigen Vorschlag. Dieser lautete schließlich, dass der Direktzugang zunächst in einem vierjährigen, flächendeckenden Modellverfahren mit der Eingrenzung für Muskuloskelettale Erkrankungen erprobt werden solle. Ebenso bestand Einigkeit unter den Teilnehmern, dass dieser Ansatz auch praktisch umgesetzt werden könne und von der Politik aufgegriffen werden sollte.